

16.02.2022

## Kleine Anfrage 6427

des Abgeordneten Alexander Vogt SPD

### **Zwischen den Stühlen – Wie steht Ministerpräsident und Medienminister Hendrik Wüst zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk?**

Im Zuge der aktuellen Debatte um den Auftrag und eine Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, lässt die CDU nicht locker, immer wieder neue Ideen zu radikalen Einschnitten auf den Tisch zu legen.

Erst vor wenigen Wochen erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, Markus Kurze, dass die CDU-Landtagsfraktion „langfristig den Sender ‚Das Erste‘ als eigenständigen Kanal abschaffen“ wolle. Kurz später räumte er ein, dass „umwandeln“ der bessere Begriff sei. Der Vorschlag gehe auf den Chef der Staatskanzlei und Medienminister in Sachsen-Anhalt, den CDU-Politiker Rainer Robra, zurück, dem langfristig eine Beschränkung der ARD auf die dritten Programme vorschwebte.

Damit ist die CDU in Sachsen-Anhalt nicht weit von den Vorstellungen der AfD entfernt. Bereits im Dezember 2020 hatte die CDU-Fraktion in Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der AfD-Fraktion gegen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags gestimmt.

Ende 2020 hatte auch der „Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze, Steuern“ der CDU Deutschlands in einem Papier für das Bundestags-Wahlprogramm der Partei den Vorschlag unterbreitet, die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten schrittweise zu privatisieren. Zudem berichtete die Tageszeitung „Die Welt“ am 27. Dezember 2020, dass auch der Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) der CDU/CSU den öffentlich-rechtlichen Rundfunk radikal beschneiden und große Teile des Programms privaten Anbietern überlassen will. Vorstand der nordrhein-westfälischen Mittelstands- und Wirtschaftsunion ist der amtierende NRW-Ministerpräsident und Medienminister Hendrik Wüst.

All diese Vorschläge von wichtigen Gremien und Verantwortlichen der Regierungspartei CDU hätten bei Umsetzung gravierende Auswirkungen auf den Westdeutschen Rundfunk (WDR), seine Beschäftigten und die nordrhein-westfälische Medienlandschaft.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet Ministerpräsident und Medienminister Hendrik Wüst die verschiedenen Vorschläge zur Umwandlung bzw. Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks?
2. Welche Auswirkungen hätte die Umsetzung der Vorschläge auf den WDR?

Datum des Originals: 16.02.2022/Ausgegeben: 17.02.2022

3. Steht der Ministerpräsident und Medienminister Hendrik Wüst auch zukünftig zu einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen Programmauftrag Information, Bildung, Kultur, Unterhaltung und Sport in Hörfunk, TV und Online umfasst?
4. Wann hat sich Ministerpräsident und Medienminister Hendrik Wüst öffentlich zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk geäußert? (Bitte jeweils Ort, Zeit und Quelle angeben.)
5. Wann wird der Ministerpräsident und Medienminister Hendrik Wüst endlich zum ersten Mal in den Medienausschuss kommen, um dem Landtag seine Strategie bzw. Konzeption für die Medienpolitik in NRW darzulegen?

Alexander Vogt